

Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben
Publikationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Bezugspreis: vierteljährlich 2,10 Mark, unter Kreuzband 2,70 Mark
Eingetragen in die Postgeltungsliste

Verleger u. verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Berlin-Chiemberg
Redaktion und Expedition: Berlin N. 7, Schillerstraße 6
Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Inserationspreis:
Geschäftsangelegenheiten die feinsten Drucke 20 Pfennig
Schluß für Inserate: Montag früh 8 Uhr

Unser Verband im Jahre 1914.

I.

Die beiden letzten Quartale des Jahres 1913 wiesen zum erstenmal seit 1891 einen Mitglieder-rückgang auf. Die beiden ersten Quartale 1914 dagegen wieder eine erfreuliche Mitgliederzunahme. Es lag keine Veranlassung vor, von den folgenden Quartalen ein anderes Resultat zu erwarten. Diese Hoffnungen wurden durch den am 1. August ausgebrochenen Weltkrieg zunichtegemacht. Rund 30 Proz. aller Verbandsmitglieder mußten während der ersten Mobilisierungstage ihre Arbeitsmittel mit der Uniform vertauschen, um das von allen Seiten bedrohte Vaterland zu verteidigen. Die Plötzlichkeit des Umschwunges zeitigte manche unliebsamen Nebenwirkungen. In vielen Fällen vergaßen die Vertrauensleute und sonstigen Verbandsfunktionäre, vor der Stellung zum Militär ihre Verbandsfragen zu ordnen und zu übergeben oder fanden nicht mehr die genügende Zeit dazu. Eine Anzahl Unterlassener vergaß das Abrechnen mit den Verbandsinstanzen. Nicht in böser Absicht als vielmehr, weil sie durch den Mobilisierungsbefehl überrascht wurden und nervös geworden waren.

Von denen, die entweder gar nicht oder zunächst noch nicht zu Heeresdiensten herangezogen wurden, meinten verschiedene, daß mit Kriegsausbruch alle Kulturarbeit aufgehoben sei, daß man weder mehr Beiträge zu zahlen noch dem Verband überhaupt anzugehören brauche. Ganze Zahlstellen und Gruppen von Mitgliedern stellten während der ersten Zeit das Beitragszahlen in der Tat auch ein. Fortwährenden Einwirkungen durch die Verbandsinstanzen gelang es, die meisten der Kollegen wieder zum Beitragszahlen zu bewegen, ganz besonders als sich zeigte, daß noch nie besser wie während des Krieges die Organisation ein Helfer in der Not war.

Die erste Aufgabe des Verbandsvorstandes war, die Arbeitsvermittlung einigermaßen zu organisieren. Das geschah in Verbindung mit dem Deutschen Brauerbund. Funktionierte die Vermittlung auch nicht wie man es wünschte, so doch wie es unter Berücksichtigung des Kriegszustandes, indem der Post- und Bahnverkehr für die Zivilbevölkerung auf Wochen fast gänzlich gesperrt war, überhaupt möglich sein konnte.

Weiter lag dem Verband ob, die in 25-jähriger Friedensarbeit geschaffenen Lohn- und Arbeitsbedingungen auch während des Krieges aufrechtzuerhalten. Auch das gelang durch Verhandlungen mit dem Deutschen Brauerbund. Allerdings trotz der vom Deutschen Brauerbund in den Brauereifachblättern erlassenen Befehlsmachung, daß die mit den Arbeiterverbänden vereinbarten Tarifverträge auch während des Krieges aufrecht zu erhalten seien, brachte doch die spätere Zeit eine Reihe Tarifverstöße von Seiten der Unternehmer. Es muß leider gesagt werden, daß es noch eine Anzahl Unternehmer gibt, die den allgemein proklamierten und von den Arbeiterverbänden streng gehaltenen Burgfrieden als willkommenen Anlaß benutzten und zu benutzen versuchten, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern. Vor allem drehte es sich um Nicht-einhaltung der Arbeitszeit, um Lohnkürzungen, Nicht-bezahlung von Ueberarbeit und Nichtgewährung des tariflich festgelegten Urlaubs. In allen Fällen gelang es, die gemachten Versuche abzuwehren. Manche derjenigen Kollegen, die beim Kriegsausbruch die Beitragszahlung eingestellt hatten, erkannte, wie töricht er gehandelt hatte.

Die Familien der ins Feld gezogenen Mitglieder verlangten vom Verband Unterstützungen. Diese zu organisieren, war bei dem hohen Prozentsatz der Mitglieder, die dabei in Frage kamen, keine leichte Aufgabe, zumal niemand die Entwidlung des Krieges und die Dauer desselben voraussehen konnte. Der Verband tat nach der Richtung, was ihm in Berücksichtigung der Verbandsfinanzverhältnisse überhaupt möglich erschien. Er griff vor allem dort ein, wo die Familien lediglich auf die Staatsunterstützung angewiesen waren. Im ersten Kriegsjahr wurden zu diesem Zweck aus Mitteln der Verbands-

hauptidee rund 280 000 Mk. zur Zahlung angewiesen bzw. bezahlt. Erhebliche Summen wurden auch aus den Lokalkassen gezahlt, wozu noch erhebliche Summen aus privaten Sammlungen kamen. Ein genaues Bild, was die Gesamtorganisation und deren Glieder für die Familien der im Felde stehenden Mitglieder taten, wird sich erst nach dem Krieg geben lassen.

Nicht nur um die Organisation der Arbeitsvermittlung und die Aufrechterhaltung der Tarifverträge bemühte sich die Verbandsleitung, sie nahm auch zu geeigneter Zeit Rücksprache mit dem Deutschen Brauerbund bezüglich Unterstützung der Familienangehörigen der Kriegsteilnehmer und fand dort volles Verständnis und Unterstützung ihrer Bestrebungen. Diese zielten darauf hin, die Unterstützung allgemein durchzuführen, einheitlicher zu gestalten und sie für die ganze Kriegsdauer zu sichern.

In vielen Fällen mußte von den zurückgebliebenen Verbandsfunktionären auf diesem Gebiete nachgeholfen werden. Meist waren diese Aktionen von Erfolg begleitet.

Ferner trat die Verbandsleitung mit Vorschlägen an den Deutschen Brauerbund heran, die bezweckten, den vom Kriege heimkehrenden Kollegen Arbeit und Verdienst zu sichern; damit verbunden waren Vorschläge zur Regelung des Aussetzens, wenn Arbeitsmangel durch die Kontingentierung der Bierproduktion eintreten sollte. Allerdings traten diese Fragen erst im Jahre 1915 in den Vordergrund.

Vom Wucher — Neue Höchstpreise.

Die Erbitterung über die Wucherer ist allgemein geworden. In welcher Weise sie sich äußert, mag an einigen Beispielen dargelegt werden. Die Magdeburger Volksstimme vom 17. Juli schreibt: „Was den Stadtbewohnern in diesem Kriege zugenutet wird, geht auf keine Kuhhaut. Sie sitzen wie die Mäuse in einer Falle von Stacheldraht. Wohin sie sich auch wenden mögen, überall stoßen und reißen sie sich blutig an dem raffinierten Gespinnst, das die Lebensmittelverkäufer von allen Seiten gespannt haben.“

Die Hausfrau, die Mutter will dem fernem Fleisch entgegen und kauft anderes Fett. Gleich schnell dessen Preis in die Höhe. Sie will den Kindern die Brotkrumen mit Milch aufbessern: die Milch wird teurer. Sie kauft Gemüse: Ein Kohlrabi kostet 5 Pf., ein Mohrrüben 1 Pf. Jetzt muß sie sich mit Obst zu helfen: die Kirschen und Johannisbeeren bleiben bei 25-30 und 35 Pf. stehen. Sie kauft Khabarber ein: der Preis des Zuckers und der Stengel steigt.

Draußen vor der Falle stehen die Ratgeber. Tue dies, unterlasse jenes. Nein, sagt der andere, jenes mußt du tun und das andere unterlassen. In dem Artikel „Eine einfache Methode“ in der Donnerstagnummer empfahl Professor Oppenheimer an Stelle von Fleisch, Milch, Käse, Butter zu setzen. Ganz falsch, sagt sein Kollege Professor Dr. Langstein: Gebt den Kindern nicht zuviel Milch, gebt ihnen keine Eier, das führt zur Ueberfütterung.

Indessen dies nur nebenbei. Während die Professoren sich streiten, wie man sich ernähren soll, fragt der Verbraucher: wo mit eigentlich? Salz und Kartoffeln würden uns genügen, aber geht uns Kartoffeln zu Preisen, die wir zahlen können. Vor wenigen Tagen noch konnte man in Magdeburg neue Kartoffeln zu 12 Pf. für 5 Pfund erstehen. Heute kosten sie 12 Pfennig das Pfund. Vielleicht sehen mehr.

Wie erklärt sich dieses Rätsel? Gaben etwa die Regentage der Frucht geschadet, sind die Kartoffeln schon verdorben? Das kann nicht sein. Man gehe durch die Gärten um die Stadt und man wird weite abgeerntete Bläue finden und Wagenladungen mit neuen Kartoffeln begegnen.

Es ist eine Schande, aber es ist so: Kartoffelwucher großen Stils wird hier wieder getrieben. Erbärmliche Geldmacher rafften die Ware an sich und geben sie den Zwischenhändlern nur zu hohen

sich täglich, bald stündlich erhöhenden Preisen ab. So treiben sie's seit einigen Tagen im Süden und im Norden, so arbeiten sie auch hier. Man sieht diese Durselkammer nicht, aber man spürt ihr Wert an Magen und Geldbeutel.

Der Bundesrat hat fernerzeit den Höchstpreis für neue Kartoffeln auf 10 Mk. für den Zentner festgesetzt. Zut nicht: Bundesrat hin, Bundesrat her, die Kartoffeln kosten 12 Mk. Rumlaut. Der Wucher triumphiert.

Sollte man meinen, diese unheimlichen Wucherer sehen das Reich vor dem politischen und militärischen Bankrott. Und müßten deshalb noch alles Zusammenrufen, was zu bekommen ist.

Wollen denn die regierenden oder verwaltenden Stellen wirklich weiter zusehen, wie diese Menschen im Innern untergraben und zerstören, was draußen unter tausend Gefahren und Opfern aufgebaut und gehalten wird? Es ist die allerhöchste Zeit, daß etwas Durchgreifendes getan wird, wenn das Gemeinwohl nicht schwere, unheilbare Schäden erleiden soll.

Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften" jähret in seiner jüngsten Nummer, daß trotz genügender Vorräte die Preise unerträglich seien; Millionen Deutsche hätten zudem ein vermindertes Einkommen; Produzenten und Händler aber beanspruchten einen noch höheren Gewinn als zu normalen Zeiten. Dann heißt es weiter (Nr. 15):

„Derweil haben Millionen Frauen und Kinder, denen es an Mitteln fehlt, das Notwendigste einzukaufen. Die arbeitende und minderbemittelte Bevölkerung kann diese Belastung nicht weiter tragen, ohne großen Schaden zu nehmen. Eine tiefgehende Erbitterung macht sich breit, weil die Last des Krieges sich in so ungleichmäßiger Weise verteilt. Dieser Sachlage dürfen die Regierenden nicht mehr länger tatenlos zusehen. Es darf nicht übersehen werden, daß dadurch die Stimmung im Heer ungünstig beeinflusst wird. Es ist überaus bitter für den im Felde Stehenden, wenn er weiß, daß seine Lieben in der Heimat wucherische Preise zahlen müssen. Dieser heutige Zustand hat aber auch seine großen Wirkungen über den Krieg hinaus.“

Die „Eiffener Volkszeitung“, ein Zentralblatt, stellt fest, daß der Preis von 18.— Mk. pro Hundert Kilo auf 80.— bis 90.— Mk. gestiegen sei, weil die Spekulanten große Mengen aufgekauft und aufgespeichert hatten.“ Kein Wunder, daß eine furchtbare Arbeiterkrise in Köln ausbrach, daß gegen den schamlosen Wucher von der Stange herab gepredigt werde. („Rheinische Zeitung“ Nr. 165.)

Der „Badische Beobachter“ sagt in einem Artikel in Nr. 319:

„Das Volk verblute sich im Felde brachen, um einen mächtigen Feind zu Boden zu werfen, im Innern, um einigen Krämer den Buntel zu füllen.“

Das nämliche Blatt nennt es in Nr. 324 „ein Verbrechen am deutschen Volk und seiner Gesundheit, wenn der Bundesrat selber die Drohelschauer höherer Getreidepreise und wachsender Bauernschicksale schaffen würde.“ In einem anderen Artikel der gleichen Nummer sprach das badische Zentralblatt angesichts der Vorgänge auf dem Mannheimer Bodenmarkt von „Hunger des Schlachtfeldes im Ausnahmekrieg“, die über die ihnen wehrlos preisgegebene ärmere Bevölkerung herfallen.

Die Dortmunder „Trenonia“ (Nr. 197) beklagt die Bauern der Umgegend des Wuchers. Sie schreibt:

„Als objektive Chronisten können wir hier die Bemerkung nicht unterdrücken, daß es bedauerlicherweise die unseren Markt besuchenden Landwirte der Umgegend sind, die in der Höhe der Preisforderung für ihre Erzeugnisse an erster Stelle marischieren. Die oben von uns genannten Preise wurden heute an fast allen Verkaufsständen der sogenannten „Bauern“ erheblich, stellenweise bis zu 50 Proz. übertroffen. Das hat dazu geführt, daß viele Hausfrauen es prinzipiell meiden,

in diesen Stunden ihren Bedarf zu decken, und doch natürlich das oft unberechtigte Wort von der Begehrlichkeit der Bauern neue Nahrung erhalt. Wenn selbstverständlich für heimische Erzeugnisse kein einseitiger Ausschlag erzielt wird, so darf hier Bedenken doch nicht zur Unterbrechung sein.

Schöne war ein Bild aus einem Artikel in Nr. 14 des Bayerischen Vaterlands.

Das nunmehr genügend oft gesagte „Gott ihre Engländer“ sollte außer Rand gekehrt und nicht dessen denken, die es angeht, laut und immer lauter ins Wallende Ohr gerufen werden. „Gott strafe unsere Lebensmittelmacher“.

Ritterworte hat auch die russische Regierung sich in einer Forderung auf Gehörnisse für sich und Fleisch nicht wegen die Minderer ausgesprochen. Zu der Antwort auf eine bezügliche Anfrage des Reichstages heißt es:

Das russische Ministerium versteht sich keineswegs, daß den Forderungen gegen Fleischpreise eine gewisse Beschränkung nicht abgesprochen werden kann, aber weil bereits jetzt evident ist der Gegenstand, daß der jetzige Zustand, der auf die Steigerung großer Volkstreu — durchaus nicht nur des Reiches — geradezu vergiftend wirkt, nur zu einem Teile auf natürlichen Ursachen, zu einem weiteren Teile aber auf künstlichen Maßnahmen beruht, und daß das Verbot dieses Treiben nachdrücklich verlangt. Ein solches Einreden, so zweifelhaft und so gering seine Wirkung auch herabgesetzt werden mag, ist ungeachtet eine positive Notwendigkeit. Der Weg der künstlichen Bekämpfung des Kriegeswunders hat sich leider bisher als nicht gangbar erwiesen, so bleibt denn nur die Befreiung von Höchstpreisen übrig. ... Das russische Ministerium des Innern würde es für eine unabweisbar politische Notwendigkeit halten, daß die Regierung selbst ohne Rücksicht auf die Erreichbarkeit des gestellten Zweckes zum mindesten den Versuch macht, in die jetzige Gefährdung der Fleischpreise, unter der die unabweisliche Bekämpfung sehr schwer liegt, rasch und ausgleichend einzugreifen, wenn sie sich nicht dem Vorwurfe aussetzen will, dem unabweislichen Treiben befehliger Preise durch ihr Gewährlassen Vorzug zu leisten. Der oben erwähnte Weg erscheint aber auch seiner Überzeugungs auch vollständig zu dem unabweislichen wirtschaftlichen Erfolge zu führen.

Endlich hat nun auch der Bundesrat sich mit dem Reich verständigt und, wie natürlich beabsichtigt wird, in der Sitzung am 21. Juli den Ertrag einer Resolution beschlossen, welche sich gegen übertriebene Preissteigerungen bei den Hauptarten Getreide und Getreideprodukten aller Art, wozu auch Roggen, Weizen und Gerste zählen. — In der Resolution ist einmal die Wichtigkeit der Erleichterung hervorgehoben, für die Fälle, wo jemand demselben Gegenstande zurückhält. Sodann ist in ihr ein Strafmaßstab für die Fälle des Kriegesbedarfes festgesetzt, die einen übermäßigen, durch die gewöhnlichen Verhältnisse, insbesondere die Marktlage nicht gerechtfertigten Gewinn enthalten. Auch wird weiter bestimmt, wer demselben höherer Art in gewöhnlicher Weise zurückhält, bestraft oder andere unbillige Maßnahmen vorzunehmen.

Es wird abgemauert sein, wie weit diese Resolution die Handhabe gibt, dem Reich zu helfen zu helfen, und wie weit dies tatsächlich geschehen wird.

Wichtig ist auch die neuen Höchstpreise festgesetzt worden. Bedauerlicherweise hat der Bundesrat an den alten hohen Sätzen für Roggen und Weizen festhalten, für welche sonst als Maßstab die von Eisenbahnbesitzern festgesetzten Preise gelten. Hat deshalb die Eisenbahnbesitzer zu noch höheren Höchstpreisen gezwungen, so war die bestmögliche Höchstpreise zu stellen? Die Art, ergeht durch die hohen Preise, wurde ertragen in der Hoffnung, daß es besser werde, daß mit der neuen Ernte die Höchstpreise herabgesetzt werden. Die Höchstpreise sind erhöht, daß sie nun leichter werden können im Interesse der, die den Krieg als wirtschaftliche Notwendigkeit betrachten, sich zu betheiligen. Zu einzelnen der früheren 22 Höchstpreise sind die Höchstpreise für Roggen und Weizen noch herabgesetzt, weil es den 22 nur noch 4 Punkte erhöht sind unter gleichzeitiger Erhöhung der Höchstpreise für Futter und Gerste sind die Höchstpreise sogar noch allgemein erhöht auf 300 Mk. pro Tonne. Und was noch schlimmer ist, die Drangerichte ist wieder den Eisenbahnbesitzern und Bauern in die Hände gegeben, denn die hohen Preise und Höchstpreise sind erhöht. Höchstpreise für sich und Fleisch zu bestimmen hat sich der Bundesrat dagegen nicht entschlossen — das heißt, kein ungewöhnlich, weil entgegen den Interessen der Bedrängten sind jetzt Angelegenheiten.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Der Deutsche Metallarbeiterverband hielt zu Anfang dieses Monats seinen 12. Verbandstag in Berlin ab. Zu der Arbeiterpresse ist diese Tagung vielfach als ein Zeichen gesunder Kraft gewertet worden, weil sie mitten im Kriege stattfand. Dem kann ohne Bedenken zugestimmt werden, aber wird diese Tagung so vereinzelt dastehen, dürfte es gewiss keinen Zweifel lassen, die Reichsregierung bei den üblichen Organisationsmaßnahmen als Führung oder Vorbild anzusehen. Ohne aus auf weitere Anforderungen einzugehen, darf hier gesagt werden, daß die Aufrechterhaltung dieser jammervollen Sachverhalte über die Abhaltung von Verbandstagen gleichfalls als ein Symptom innerer Stärke und Jüdischheit angesehen werden darf. In dieser Frage erübeln die besonderen Verhältnisse und der Mangel jeder einzelnen Organisation. Der Verbandstag der Metallarbeiter hat aber seine besondere Bedeutung nicht darin, daß er politischen Forderungen in der glatten Erledigung der zur Beratung stehenden Fragen. Aber auch die Gelegenheit, mitten im Kriege zu zeigen, daß unsere gewerkschaftlichen Kampforganisationen nicht minder auf dem Stande stehen, um das im Frieden erreichte den zurückbleibenden Krieger und Kollegen zu erhalten, ist ohne Zweifel im Bewußt des Verbandes durch den Mund des zweiten Vorsitzenden Reichel geäußert ausgeht worden. Die Ermahnungen, die Reichel und in den anderen Reden auch Schlichte gab, muß des Krieges Friedens die Augen offenhalten, dürfte gewissen Kreisen in der politischen Arbeiterbewegung die Geduld geben, daß die Arbeiterpresse und ihre Führer auf dem richtigen Wege sind.

Aus dem Bericht ist noch erwähnenswert, daß bis Jahresbeginn 1914 270.000 Mitglieder eingezogen waren und der Organisation noch 522.000 Mitglieder verblieben. Trotz der gewaltigen Ausgaben, die für Unterstützungen im Jahre 1914 allein 12.722.000 Mk. betragen, wies das Vermögen am der Jahresende noch 16.601.000 Mk. auf.

Der Verbandstag hat in einem Beschlusse zu dieser Tagung, daß es zumeist anders kommt als man vorher glaubte. Dieses trifft für diesen Verbandstag vollkommen zu. Der weitere Rundschau über die Dresdener Generalversammlung (1915) muß hier, was daraus ersieht, daß man hier nicht erwartet hatte, daß jetzt die Stufenbeiträge zur Reichsversicherung für die Arbeiter gelautet. Eine solche Zweidrittelmehrheit konnte den Kommissionsberichten zu. Der Einheitsbeitrag betrug bis jetzt 70 Pf. Ab 1. Juli 1916 betragen die Beiträge 70 Pf. und 30 Pf. Die Regel, daß bei Einführung von Stufenbeiträgen auch eine Erhöhung nach oben eintritt, ist hier außer acht gelassen worden, sehr wahrscheinlich auch nur eine Rücksicht auf die Zeitverhältnisse. Die Reichsversicherung wird vom 1. August ab wieder eingeführt, allerdings bei vierzehntägiger Kassenzeit und zu halben Sätzen. Die übrigen Änderungen sind mehr oder minder eine Anpassung an die vom Reichstag schon getroffenen Bestimmungen und wurden durch den Beschluß des Verbandstages diese Maßnahmen genehmigt. Den Schlußstein der Verhandlungen bildete die Behandlung der Sozialen Aufgaben während des Krieges und die Gewerkschaften durch den Verbandstages. Den Kern seiner Ausführungen legte der Verbandstag in einer Entschließung, in der eine gemeinsame Unterweisung der zurückbleibenden Kriegsbekämpften und Arbeitlosen durch die Gemeinden, eventuell durch das Reich und die Förderung einer Wiedereingliederung der geistlichen Entschuldigungen — für Frauen und jugendliche Arbeiter — geäußert wird. Ein entsprechendes Bild in heutiger Zeit hat immer die partei Vertretung des Verbandes, eine praktische Internationale. Entschlossen haben wir nach dem Beschluß, auf Gründung eines gewerkschaftlichen Zentralrates, ein Zeichen, der inoffiziellen Form durch die Verbandstagesversammlung angenommen wurde.

Im Steinweggewerbe wurde durch einen besonderen Vertrag zwischen den Arbeitgeberverbänden dieses Berufes und dem Verbands der Eisenwerker eine die Förderung der zurückbleibenden Kriegsbekämpften geregelt. Das allgemeine Ziel ist die Vermittlung im letzten Akt, nämlich dieser Vertrag völlig unabhängig von den Tarifverträgen abgeschlossen ist und damit die verbindliche Grundlage für die Kriegsbekämpften darstellt in diesem Berufes geübt wurde. Inoffiziell wird in dem Vertrag den Gewerkschaften Rechnung getragen, nach Möglichkeit die Tarifverträge werden im Gewerbe zu betreiben, und zwar nach tariflich geregelten Sätzen, auch soll die Zugehörigkeit zu bestimmten Vereinigungen nicht verlangt werden können. Dieser Abschluß ist nun so bemerkenswert, weil die Organisation der Eisenwerker lange Jahre mit dem Arbeitgeberverband sich herangehen hat, bei Dingen, die geringfügiger waren wie es die Forderung für andere Krieger ist.

Der Verband der Textilarbeiter ist durch das am 1. August in Kraft tretende Monatslohnbestimmungsverbot in eine erdrückende Situation gebracht worden. Eine Reihe Bezüge in Löhnen und Monatslohnbestimmungen werden vollständig beseitigt, wenn das Verbot in seiner ganzen Schärfe zur Ausprägung gelangt. Allein im Rheinländer Bezirk können 30.000 Arbeiter und Arbeiterinnen in Folge, die völlig arbeitslos werden. Gegenwärtig haben in den verschiedenen Stellen eingehende Verhandlungen statt, um eine Milderung des Verbotes zu erreichen. Die jüngsten Gemeinden erklären sich ungenügend, die Arbeitlosen zu unterstützen. Man hofft, daß wenigstens die Ausbezahlung der Lagernden Verbände noch erreicht wird. Dieses Verbot geht aber in der Sachverhaltsentwicklung weitere Schritte und dürfte noch eine Menge Betriebe der Textilindustrie erheblich getroffen werden.

Eine recht eigenartige Anwendung und Auslegung finden unsere Tarifverträge in der Kriegszeit. Allgemein haben sich bestimmte Lohnbestimmungen für die Aufrechterhaltung der Verträge ausgesprochen und kann auch die Einhaltung dieser Verträge nicht mit den gewöhnlichen Umständen verglichen werden. Jedoch haben die einzelnen Verbände recht unterschiedlich über die Einhaltung der abgeschlossenen Verträge geurteilt. Das schweizerische Generalverbands in Luzern hat eine Verfügung erlassen, die man als militärische An-

rechterhaltung von Tarifverträgen bezeichnen kann. Obwohl dem Arbeitgeberverband und dem Transportarbeiterverband in Luzern für die Dauer des Krieges ein Vertrag abgeschlossen, wodurch für jeden Fabrikarbeiter, der sich an der Arbeitshöhe anstellt, die Verpflichtung entsteht, angebotene Arbeit zu den vereinbarten Bedingungen anzunehmen. Aber dieses nicht will, darf die Arbeiterhöhe nicht mehr betreten, und was dieses dennoch tut, wird mit Gehorsam bis zu einem Jahre bestraft. Hier verhilft die Behörde den betrieblichen Bestimmungen zur Anerkennung derselben. Nach dem Jahresbericht des schweizerischen Generalverbandes ist durch Verfügung des Generalkommandos der Firma Thum in Rebellat ein 15prozentiger Abzug an den Löhnen der Arbeiter, die tariflich geregelt sind, gestattet worden, begründend mit der mangelhaften Lage des Geschäftes während der Kriegszeit. Ein Generalkommando ist gleichzeitig allmächtig, und der Zwang, sich solchen Verfügungen unterwerfen zu müssen, ist zu verstehen. Nicht zu verstehen ist, daß die schweizerische Organisation sich mit diesen Abzügen „abfinden“ konnte, weil sie glaubte, daß für die Entfaltung des Generalkommandos finanzielle Schwierigkeiten der Unternehmer die Veranlassung waren. Die Prüfung dieser Frage dürfte sehr schwierig sein und sollte man prinzipiell an den einmal abgeschlossenen Verträgen nichts ändern, zum wenigsten nicht in der Zeit der allgemeinen Lebensmittellieferung.

Die Forderung auf Feuerungszulagen ist jetzt eine länderweise in der Tages- und Gewerkschaftsfrage. Der Verband der Textilarbeiter hat festgestellt, daß in 57 Orten mit 64.000 Arbeitern Zulagen mit Rücksicht auf die Feuerung bewilligt wurden. Die Holzarbeiter haben sich gleichfalls ruhig gezeigt. So sind im Osten an vielen Stellen die Löhne erhöht worden, namentlich in den Orten, welche vom Krieg verschont blieben. Die Offenbacher Lederwarenfabriken haben ihren Arbeitern ebenfalls Feuerungszulagen zugestimmt, die Berliner Firmen dagegen lehnten eine solche ab. In einzelnen Bezirken haben auch die Bergarbeiter Vorteile auf diesem Gebiete zu verzeichnen. Die bayerische und sächsische Staatsregierung haben ihren Angestellten und Arbeitern Zulagen gestattet, allerdings unter gewissen Einschränkungen.

Gewerkschaftliche Jubiläen. In unseren Organisationen mehren sich immer mehr die Zahl der Jubiläen. Die Zeit nach dem Sozialengesetz machte für manche Berufsgruppe den Weg frei zum Aufbau einer neuen Organisation. So konnte auch der Fabrikarbeiterverband in diesen Tagen auf ein erfolgreiches Wirken von 25 Jahren zurückblicken und mit ihm sein Gründer, der heute noch im Amte als Vorsitzender tätige Genosse Breh. Der Genosse Schrader vom Zimmererverband hat gleichfalls in den letzten Wochen sein 25jähriges Jubiläum als Vorsitzender gefeiert. Beide Namen haben in der Gewerkschaftsbewegung einen guten Klang und wünschen wir ihnen, nach manchem Jahr in bisher gewohnter Weise für die Interessen ihrer Berufsgenossen und der Arbeiterbewegung im allgemeinen tätig sein zu können.

In Verteidigung des Vaterlandes.

Gefallen sind aus der Zahlstelle:
Geislungen der Kollege Joseph Schmittschuster,
Kegensburg der Kollege Josef Bauer,
Koppenheim der Kollege Josef Staudinger,
Brammer, Braunschweig, an der Verwundung gestorben;
Weimar der Kollege Otto Kordt, Brauerer Vorkämpfer, gestorben im Lazarett an Blutergüssen;
Burgburg der Kollege Michael Braun, Gießlingsfeld.

Ehre ihrem Andenken!
Betroendet wurden aus der Zahlstelle:
Dortmund der Kollege Heinrich Kienz, Bierfahrer, Schlosser-Brauerei;
Mainz der Kollege Franz Altmann, Brauer, Mainzer Brauerei;
Burgburg der Kollege Georg Sahlau, Frankenhain Heibergseld, in Gefangenschaft;
Zeitz der Kollege Willy Reichold, Bierkutscher, Zwettauer Niederlage.
Das Eisener Kreuz erhielt der Kollege Wilhelm Stahlmann, Städtische Lagerbierbrauerei, Hannover; Heinrich Reichardt, Brauer, Stadtbrauerei Goppingen, silberne Verdienstmedaille.

Adressen von verwundeten und im Felde krank gewordenen Kollegen.

Spechtshausen, Rejerslazarett: Landwehr-Offizier-Kaplan, Lebensstr. 2: Heinrich Kienz, Bierfahrer, Dortmunder.
Dietrich, Fehllazarett 51: Franz Altmann, Brauer, Mainz.

Freie Eisenbahnfahrt für Kriegsunternehmer. Wir haben in letzter Nummer der „Verbands-Zeitung“ darauf hingewiesen, daß trotz einstimmigen Beschlusses des Reichstages die Kriegsunternehmer die Fahrt innerhalb der deutschen Grenzen immer noch bezahlen müssen. Unter dem 21. Juli wird nun amtlich bekanntgegeben:

Bisher wurde nur den zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit und zur Frühjahrbestellung und Ernte in die Heimat beurlaubten Mannschaften freie Eisenbahnfahrt gewährt. Nunmehr ist für sämtliche Mannschaften bei Heimatsurlaub während des Krieges freie Eisenbahnfahrt bewilligt worden.

Zur Verjüngung der Kriegsunternehmer. Am Emschlagungsanlassung des Reichstages hatte der Staatssekretär des Reichsfinanzamtes Dr. Gelferich mitgeteilt, daß die Reichsregierung bereit sei, etwaige

